

Berlin will mehr Ökostrom

Union und SPD einig – Arbeitsgruppe berät Abstandsregelungen

Berlin (dpa). In Deutschland sollen in den kommenden Jahren für den Klimaschutz zusätzliche Windräder und Solaranlagen gebaut werden. Gleichzeitig will die Große Koalition den Gegnern neuer Windkraftanlagen auf dem Land entgegenkommen. Sie legt dafür unter anderem neue Regeln

für die Beleuchtung fest. Eine Arbeitsgruppe soll über verbindliche Abstände zu Wohngebäuden oder feste Grenzen für die Höhe der Windräder beraten. Städte und Gemeinden könnten auch mehr Mitspracherecht bekommen oder finanziell profitieren. Ergebnisse soll die Gruppe bis Ende

März vorlegen. Über die Sonderausschreibungen für Ökostrom-Anlagen hatten Union und SPD monatelang gestritten.

»Wir haben ein gutes Gesamtpaket geschnürt«, teilten die stellvertretenden Fraktionschefs Carsten Linnemann (CDU) und Matthias Miersch (SPD) gemeinsam mit. Über die kommenden drei Jahre sollen insgesamt vier Gigawatt Wind an Land und ebenso viel Photovoltaik ausgebaut werden. Zusätzlich sollen mit sogenannten Innovationsausschreibungen neue Förderbedingungen getestet werden, um den Wettbewerb in der Branche zu fördern.

Die Sonderausschreibungen waren im Koalitionsvertrag für die Jahre 2019 und 2020 vorgesehen, nun kommen sie stattdessen verteilt über drei Jahre. So soll Deutschland näher an sein Klimaschutzziel für das Jahr 2020 kommen, den Treibhausgas-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu senken. Derzeit liegt der Ökostrom-Anteil in Deutschland bei rund 36 Prozent, Ziel der Koalition sind 65 Prozent bis 2030.



Wie nah dürfen Windkraftanlagen an Wohnbebauung stehen? Auch darum geht es jetzt in einer Arbeitsgruppe. Foto: dpa